

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1948**

36 (15.9.1948)

Der unerschrockene Kämpfer  
Paul Schreck!

Rede des 2. Landesvorsitzenden der KPD Württemberg-Baden am Grabe unseres unvergesslichen Toten, Paul Schreck, am 14. Sept. 48 in Mannheim.

Wir stehen an der Bahre eines uns teuren Toten. Unerwartet wurde Paul Schreck aus unserer Mitte gerissen und ist ein Leben voll Tatkraft und rastloser Arbeit jäh unterbrochen worden. Ein großer Verlust, schmerzvoll und hart für seine Familie, seine Freunde, für die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung wie die des politischen Lebens Mannheims und unseres Landes lassen sich ohne Paul Schreck in den letzten drei Jahrzehnten nicht vorstellen. Leidenschaftlich nahm er Anteil an der Gestaltung des politischen Geschehens, gab der Arbeiterbewegung ein Höchstmaß von Können und unbeugsamen Willen, über die er so reich verfügte, dabei sich selbst, dem schaffenden Volke und seinen sozialistischen Zielen in allen Fahrnissen wechselnder politischer Zeitperioden treu bleibend. Ein einfacher Mensch, stark, großzügigen Herzens und das Volk liebend. Mutig und zäh im Kampf, von überlegener Umsicht im Leben und einer Tiefe der politischen Konzeption, die ihm nur der Marxismus, die Lehre von den Bedingungen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse geben konnte. Paul Schreck verkörperte den hervorragenden Typ des schlichten Arbeiterführers, den Sohn des Volkes.

Die markante Gestalt Paul Schrecks war durch die Schule des Lebens geformt. Daß er immer im Leben stand, Not und Leid der Unterdrückten kannte, sich nie seiner eigenen Klasse entfremdete, gab ihm seine achtunggebietende Stärke. Ein Metallarbeiter, der an der Drehbank bei Benz im ersten imperialistischen Weltkrieg die sozialistische Verpflichtung des Kampfes gegen Krieg und Militarismus erkannte und für den von diesem Zeitpunkt an richtige Erkenntnis die Notwendigkeit praktischer Tat einschloß. Er stand beim Munitionsarbeiterstreik der Benzarbeiter im Februar 1918 in vorderster Reihe, schloß sich damals der „Bremer Linken“ innerhalb der sozialistischen Bewegung an, fand Berührungspunkte mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und wurde so Gründer des Spartakusbundes in Mannheim und später Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Höhen und Tiefen in der Geschichte der Kommunistischen Partei, des sozialistischen Kampfes ertrug Paul Schreck, unbeirrbar, allen das Beispiel unverzagten Glaubens gebend, wissend, daß der große Erfolg der sozialistischen Arbeiterbewegung über Sieg und Niederlagen führt. Er war der Mannheimer Arbeiterschaft der überlegene, Kraft und Glauben ausstrahlende Führer der Kommunistischen Partei. Über die Kreise der Gewerkschaften und Betriebsarbeiter hinaus war Paul Schreck vor 1933 der Öffentlichkeit als Abgeordneter des Badischen Landtags und des Deutschen Reichstages bekannt.

Im Jahre 1933 wurde Paul Schreck mit vielen Tausenden Gefangener des Nazismus. Er zählte zu jenen ewigen Gefangenen der Konzentrationslager, denen die Freiheit, soweit sie die Hölle überlebten, erst im Jahre 1945 nach der Zerschlagung der faschistischen Gewaltherrschaft gegeben wurde. Im Konzentrationslager Buchenwald zeichnete sich Paul Schreck als Aktivist der Widerstandsbewegung aus. Daß Gewalt und Terror, daß Hitler nicht ewig triumphieren würde, stand für ihn fest, ebenso, daß es vor der Geschichte gleichgültig ist, ob er persönlich zu den Überlebenden gehören werde. Das gab ihm die nicht zu brechende Kraft, Qual und Leid des Konzentrationslagers zu ertragen, hoffend, daß der Tag einer besseren Gestaltung Deutschlands, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung anbrechen werde.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben

Viele Tausende geben dem beliebten Arbeiterführer und Volksmann das letzte Geleit —  
Seit Jahrzehnten die größte Bestattungsfestlichkeit Mannheims

(EB) Seit fast fünf Jahrzehnten, seit jenem kühlen Herbsttage, in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts, da die Mannheimer Arbeiter den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dreesbach zu Grabe trugen, der als erster den Wahlkreis Mannheim gegen den Liberalen Bassermann eroberte, hat der Mannheimer Friedhof nicht mehr die Menschenmassen gesehen, wie sie unserem unvergesslichen Genossen Paul Schreck das letzte Geleit gaben.

Tausende und aber Tausende füllten den breiten Raum zwischen Leichenhalle und der Freitreppe des Krematoriums, wo unter einem Meer von Blumen und einer Fülle von herrlichen Kränzen, bedeckt mit der roten Fahne, die Bahre des großen Volksmannes stand.

Bereits in den frühen Nachmittagsstunden setzte der Zustrom der Mannheimer Bevölkerung nach dem Friedhof ein. Wie verwurzelt der Dahingegangene mit dem Leben dieser Stadt war, bewies die Teilnahme von Männern und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten, von jungen Menschen, denen er ein nacheifernswertes Vorbild war, von alten, ergrauten Bewohnern dieser Stadt, mit deren Nöten und Sorgen er seit Jahrzehnten verbunden war und die ihn als ihren Anwalt betrachteten. Es gab keinen Mannheimer Betrieb, der nicht durch starke Abordnungen mit Kränzen und Blumen zu erkennen gab, daß mit Paul Schreck einer aus ihrer Mitte dahingegangen ist und die ganze Arbeiterwelt einen schmerzlichen Verlust erlitten hat. Der Großbetrieb Daimler-Benz, in dem Paul Schreck sein reiches Arbeits- und Kämpferleben in Mannheim begann, hatte seine Tore geschlossen, um die tiefe Trauer der Arbeiter gemeinsam zu bekunden. In der Mehrzahl der übrigen Betriebe ruhte um 15 Uhr die Arbeit zu einer Gedächtnispause von fünf Minuten für Paul Schreck.

Aus nah und fern, aus Südbaden, aus Hessen, aus Württemberg, aus dem Saargebiet und aus der Pfalz hatten sich die Vertreter der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften, öffentlicher Körperschaften und Behörden und vieler Organisationen eingefunden. Alle Mannheimer Parteien, der Stadtrat von Mannheim und zahlreiche Vertreter der Stadtverwaltung Mannheim waren erschienen.

Nach den feierlichen Klängen eines Posaunenchores und dem einleitenden Gesang des Volkschors Waldhof leitete Hans Brümmer, der erste Vorsitzende des Industrieverbandes Metall von Württemberg-Baden, die Reihe derer ein, die unserem Genossen Paul Schreck die letzten Grußworte widmeten. „Einer unserer Besten ist nicht mehr“, sagte Hans Brümmer. „Mehr Licht, mehr Sonne, mehr Glück für die Arbeiterklasse, das waren die Ideen von Paul Schreck. Nie ging es ihm um persönlichen Vorteil. Nie hat er nach Glanz und Ehren gestrebt. Ein Sohn des Volkes wollte er sein und bleiben.“

Tiefen Eindruck hinterließ die Gedächtnisrede des zweiten Landesvorsitzenden der KPD Württemberg-Baden, Willy Grimm. Er schilderte das Lebenswerk des Kampfgewissen und Gefährten, dessen allzufrüher Tod eine schmerzliche Lücke gerissen hat. Er gab nicht nur das Bild eines reichen und vollen Kämpferlebens, sondern entwickelte aus jedem Abschnitt seines Wirkens die politische Lehre für uns Überlebende, die wir denselben Ziele zustreben. Tiefen Eindruck hinterließ bei allen Anwesenden die Feststellung, daß das politische Geschehen der letz-

ten drei Jahrzehnte ohne Paul Schreck nicht denkbar ist.

Der bejahrte Landtagspräsident Kell verband mit seiner Kranzniederlegung warme Worte der Anerkennung und des Gedenkens für die pflichtbewußte Tätigkeit des Verstorbenen Landtagsabgeordneten Paul Schreck.

Im Namen der Stadtverwaltung und des Stadtrats Mannheim nahm Bürgermeister Trumpfheller Abschied von dem teuren Toten. Er hob nicht nur die unschätzbaren Verdienste hervor, die sich Paul Schreck in jahrelanger Arbeit

Bundesvorstandes und der 460 000 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes aus für den engsten Berater und Mitarbeiter, dessen Streben in erster Linie der Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung galt.

Karl Schweizer, der 1. Vorsitzende der Ortsverwaltung Mannheim des Gewerkschaftsbundes, sprach im Namen von 70 000 Mannheimer Gewerkschaftlern das Beileid aus. Er betonte, daß Paul Schreck in der Gewerkschaftsbewegung sehr fehlen werde und versicherte, nicht eher Ruhe zu geben, bis



um das Wohl der Stadt Mannheim erwarb, sondern rühmte auch seine edle Gesinnung, sein soziales Verständnis und seinen lautereren Charakter. Sichtbaren Ausdruck ihres Dankes verlieh die Stadtverwaltung durch die Niederlegung eines prächtigen, in den Stadtfarben blau-weiß-rot gehaltenen Kranzes. „Du warst ein ganzer Mann“, schloß Bürgermeister Trumpfheller, „aber mir warst Du mehr.“

Landtagsabgeordneter Robert Leibbrand beklagte als Vorsitzender der kommunistischen Landtagsfraktion in Württemberg-Baden den großen, fast unersetzlichen Verlust eines der Aktivisten und Aufrichtigsten, der im Landtag an erster Stelle für die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts gekämpft hat.

Markus Schleicher, Präsident des Württembergisch-Badischen Gewerkschaftsbundes, sprach den Dank des

die Ziele der Arbeiterklasse erreicht sind.

Als engster Mitarbeiter des Verstorbenen nahm Johann Dichtl, der zweite Vorsitzende des Industrieverbandes Metall, in Mannheim Abschied von Paul Schreck mit den Worten: „Wir können Dir zurufen, Deine Arbeit wird nicht ruhen. Wir verpflichten uns, Deine Arbeit weiterzuführen.“

Für den Landesvorstand der Kommunistischen Partei in Südbaden sprach Erwin Eckert, der bekannte ehemalige Stadtpfarrer von Mannheim. „Wir gehören zu ihm, wie er zu uns. Seine Frau, die in langen Jahren der Arbeit und des Kampfes neben ihm stand, seine Kinder sollen wissen, daß sie nicht verlassen sind. Es ist nutzlos, nachzusinnen, warum das so ist und zwecklos, sich aufzubauen. Den Tod zu fürchten ist eines Menschen un-

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Der unbeugsame Kämpfer Paul Schreck**  
(Fortsetzung von Seite 1)

Der Tag der Freiheit 1945 brachte auch ihm Enttäuschungen, denn über diesem lagen Schatten. Nicht aus eigener Kraft hatte sich das deutsche Volk der Tyrannei im Innern und der Schande gegenüber der Welt erludigt. Die Bajonette der Alliierten haben Hitlers Gewaltherrschaft bezwungen und den Anteil, den Männer wie Paul Schreck an der erhofften Wende des deutschen Volkes hatten, nicht zur Geltung gebracht. Der Raum zu eigenem deutschen Wollen, zu eigener sozialistischer Gestaltung ist unter den Zielsetzungen der Alliierten klein geblieben. Für Paul Schreck bestand kein Zweifel, daß es galt, die geringe Möglichkeit einer neuen demokratischen Formung unseres Lebens zu nutzen und auszuweiten. Er wußte, daß es dabei nicht darauf ankam, in zündender Rede, die er sehr wohl beherrschte, in einem leidgeprüften Volk Begeisterung zu erwecken. Er wußte, daß mühsame Arbeit im Wiederaufbau der Arbeiterbewegung notwendige Voraussetzung ist, wenn die Arbeiterschaft wieder zum politischen Faktor und Gestalter des eigenen Schicksals werden sollte. Er zog daraus die Konsequenz. Der politische Wille, viel beschäftigte Paul Schreck übernahm die Führung des Industrieverbandes Metall, der entscheidenden Gewerkschaft Mannheims. Es entsprach seiner menschlichen und politischen Bedeutung, daß er ebenso führend Anteil an der Spitze seiner Organisation im Land wie der des ADGB genommen hat. Die Stadt Mannheim kennt ihn seit 1945 als Stadtrat und der Landtag als Abgeordneten der Kommunistischen Partei.

Unter den deutschen Gewerkschaftlern ist Paul Schreck einer von denen, deren Namen öfters in amerikanischen Zeitungen während der letzten Jahre zu finden war. Der Name Paul Schreck hatte bei den Militärs der amerikanischen Besatzungsmacht bis hinauf zu OMGUS Berlin den interessantesten Klang. Verursacht war dies durch die Entschiedenheit, mit der er in einer Zeit unerträglichen Tiefstandes der Lebenshaltung des Volkes in den Gewerkschaften um Aenderung und eine Besserung kämpfte. Paul Schreck hat gegenüber seinen Mitarbeitern in der Gewerkschaft und den Hilfesuchenden aus den Betrieben keinen Zweifel gelassen, daß das, was schreckliche Wirklichkeit in Deutschland ist, nicht nur na-

*Es gibt keinen Menschen, der nicht die Freiheit liebt, aber der Gerechte fordert sie für alle, der Ungerechte nur für sich allein.*  
Börne

turgegebene Folge der zwölfjährigen Hitlerdiktatur und des zweiten imperialistischen Weltkrieges ist, sondern daß wir es bereits wieder mit der Schuld einer erstarkenden nationalen und internationalen Reaktion zu tun haben. Die Gegenwehr zu mobilisieren, das Recht derer, die selbstlos das schlimmste Chaos 1945 meisterten und in harter Arbeit Deutschland vor dem Untergang retteten, durchzusetzen, erschien Paul Schreck als die verpflichtende Aufgabe des Tages zur Sicherung unserer Zukunft.

Unser Genosse Paul Schreck stand auf der Liste der 500 Kommunisten der Welt, die die Amerikaner zur Diffamierung veröffentlichten. Paul Schreck war zwar nie auf einer Schule in Moskau. Wenn es wahr gewesen wäre, daß er Lenin persönlich gekannt und mit ihm den Händedruck getauscht hätte, dann wäre es bestimmt der Stolz seines Lebens gewesen. Bei den 500 zu sein, von denen man vermeint, daß sie den aktivsten Anteil im Weltkampf des Sozialismus gegen den absterbenden, nur noch zu ewigen Krisen und Kriegen fähigen Kapitalismus haben, konnte für ihn ja nur eine Ehre sein. Er war bescheiden genug, sie nicht zu beanspruchen, aber ihn hat mit grimmiger Genugtuung erfüllt — und das dachte er über das Ganze — daß die Volksfeinde in ihm einen ihrer gefährlichen Feinde sahen. Das wollte er auch nicht anders. Die Liste der 500 ist nicht mehr voll. Paul Schreck ist zu streichen, wie inzwischen die zu streichen waren, die ermordet worden sind.

Paul Schreck hatte keine Illusionen über die Schwere des Kampfes um die Lebensrechte des schaffenden Volkes. Es hatte seinen Sinn, wenn er so unermüdet in der Mobilisierung zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte gewesen ist.

Ohne erfolgreichen Kampf bei der täglichen Sicherung der Lebensexistenz der Ausgebeuteten gibt es keine Voraussetzung für den großen Erfolg zur Sicherung unserer Zukunft und des Sozialismus. Das Große bedarf der täglichen Arbeit im Kleinen. Die Verwirklichung einer Idee verlangt das unablässige Ringen, die harte Praxis des Tages. Sozialistische Parteien ringen vergebens, wenn nicht in den Gewerkschaften die breite Grundlage für die Anstrengungen einer sozialistischen Neugestaltung gegeben ist. Das war der Sinn der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Politikers Paul Schreck, er war die Verkörperung der Synthese dieser beiden Notwendigkeiten des sozialistischen Kampfes.

Paul Schreck läßt einen großen Kreis Menschen in den Arbeiterorganisationen, den Betrieben in Mannheim, in Württemberg-Baden und in Deutsch-

land zurück, die in Liebe an ihm hingen und die nun um ihn trauern. Sein Leben war kurz, zu kurz, er wurde nur 56 Jahre alt. Aber ein Menschenleben erhält seinen Wert nicht durch seine Länge, sondern durch seinen Inhalt und dieser war bei Paul Schreck unendlich reich. Er hat seiner Klasse, der sozialistischen Arbeiterbewegung sein Bestes gegeben. Paul Schreck ist uns Sinnbild der Anständigkeit, Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und Geradlinigkeit, ein unbeugsamer Kämpfer des Sozialismus, ein Kämpfer für die Menschheit. Sein Tod ist für uns alle ein unersetzlicher Verlust.

Der Schwur, den wir den Toten der sozialistischen Bewegung leisten, leisten wir auch unserem unvergeßlichen Paul Schreck: In Deinem Sinne weiter im Kampf für Freiheit und Recht, für den Sozialismus zur Erlösung der leidenden Menschheit!

## Kämpfer gegen den Faschismus — Kämpfer für die Einheit Deutschlands

Gedächtniskundgebung für die Opfer des Faschismus in ganz Deutschland  
Internationale Gedächtniskundgebung in Berlin

(Rdfk) Ganz Deutschland stand am Sonntag unter dem Zeichen der großen Gedenkfeiern zum Gedenken der Opfer des Faschismus, deren eindrucksvollste wohl die große Kundgebung im Lustgarten war, zu der sich Hunderttausende versammelten. Zahlreiche ausländische Gäste und Delegierte aus ganz Deutschland nahmen an dieser Kundgebung teil. Der Generalsekretär der internationalen Föderation ehemaliger politischer Häftlinge (FIAPP), Kowalski, überbrachte die Grüße der Kämpfer gegen den Faschismus aus allen Ländern. Der Präsident der FIAPP, Maurice Lampe, erklärte, daß es für ihn nur ein einziges, nämlich das demokratische Deutschland gebe. Er gedachte aller gefallenen Freiheitskämpfer und forderte auf, den Weg, den das Vermächtnis der Gefallenen weise, weiterzugehen. Der Leiter der sowjetischen Delegation zum internationalen Kongreß der Widerstandskämpfer, Generalleutnant E. Gordeljew, erklärte, daß die Kräfte des antimperialistischen Lagers sich mit jedem Tage verstärken, und daß die Sowjetunion den Wunsch des deutschen Volkes nach der Einheit Deutschlands und einem gerechten Frieden unterstütze. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß die Werktätigen die toten Opfer des Faschismus am besten dadurch ehren, daß sie den aktiven Kampf für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden mit den überlebenden Kämpfern von einst gemeinsam führen.

An zahlreichen Orten wurden Mahnmale für die Opfer des Faschismus enthüllt. In Hamburg wurde der Grundstein für ein Denkmal für die 9500 Hamburger Opfer gelegt. In Lübeck fand eine eindrucksvolle Feierstunde am Wrack der „Kap Arcona“ statt, welche in den letzten Tagen des Hitlerkrieges mit zahlreichen Häftlingen des KZ Neugamme versenkt wurde. Staatskommissar Dr. Philipp Auerbach bezeichnete auf der Gedenkfeier der VVN in München die Freisprechung Dr. Schachts als eine Verhöhnung der Opfer des Widerstands gegen Hitler. In Mannheim fand nach einer Kranzniederlegung auf dem Friedhof eine außerordentlich stark besuchte Gedenkfeier im Nationaltheater statt, bei welcher Oberbürgermeister a. D. Dr. Heimerich die Gedenkrede hielt.

Ottmar Geschke, der Vorsitzende der VVN der Ostzone, faßte auf der großen Berliner Kundgebung die Bedeutung dieses Tages wohl am eindrucksvollsten zusammen, als er erklärte, das Gedenken an diese Toten, welche die besten Söhne und Töchter ihrer Völker waren, sei ein Appell an das Gewissen der Welt. „Wenn ihr Kameraden aus den Staaten Europas,“ so rief er unter dem starken Beifall der Hunderttausende, den ausländischen Delegationen zu, „uns die Hände reicht, sind eure Hände für uns die ausgestreckten Friedenshände eurer Völker.“

## Weiter im Kampf um deutsche Einheit

Nur die kommunistische Partei tritt der Aufspaltung Deutschlands entgegen

(EB) Als einzige haben im parlamentarischen Rat die kommunistischen Vertreter ihre Stimme erhoben gegen die Spalter und Totengräber Deutschlands und für eine untrennbare, deutsche demokratische Republik. Der Parteivorstand der KPD hat in seiner Sitzung am 11. September zu dem Auftreten der Abgeordneten der KPD mit nachstehender Erklärung Stellung genommen:

Der Parteivorstand begrüßt das mutige und energische Auftreten der

Abgeordneten der KPD im parlamentarischen Rat, Max Reimann und Hugo Paul. Ihre Kampfansage an die Spalter Deutschlands und ihr Bekenntnis zur Einheit beweisen, daß im Westen nur die kommunistische Partei der Aufspaltung Deutschlands entgegenarbeitet.

Der Parteivorstand fordert die Vertreter der KPD im parlamentarischen Rat auf, mit der gleichen Energie ihren Kampf um die deutsche Einheit fortzusetzen.

## Gegen die Provokateure und Spalter

Erklärung des Parteivorstands der KPD zur Lage in Berlin

(EB) Alle Welt erhofft von den Moskauer Verhandlungen eine Entspannung der internationalen Lage, das aber paßt den Spaltern Deutschlands nicht, die, um diese Verhandlungen zu stören, Unruhen in die Hauptstadt Deutschlands tragen. Die Reuter, Kaiser und Schwenicke wiegeln die Bevölkerung auf und haben damit schon erreicht, daß in Berlin Blut geflossen ist. Irregleitete Jugendliche haben sich zur Schändung des Staatssymbols der sowjetischen Besatzungsmacht hinreißen lassen. Das Todesopfer geht einzig und allein auf das Konto der Hetzer, die nicht nur die Einheit der Währung, der Berliner Verwaltung, der Polizei und der Universität gesprengt haben, sondern auch das Stadtparlament zerrissen und seinen Sitz eigenmächtig — selbst die britischen Besatzungsbehörden vor vollendete Tatsachen stellend — in den britischen Sektor verlegte.

Je aussichtsreicher die Verhandlungen in Moskau erscheinen, desto provokatorischer treten die Spalter in Berlin auf und beweisen damit, daß sie um jeden Preis eine Einigung der Alliierten verhindern wollen. Die Reuter, Kaiser und Schwenicke stellen ihre eigennützigen Ziele vor den Frieden und die Wohlfahrt der Berliner Bevölkerung. Der Parteivorstand spricht die Hoffnung aus, daß die Moskauer Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen, damit Berlin ein einheitliches Ganzes wird und seine schwergeprüfte Bevölkerung endlich zur Ruhe kommt, um ungestört wieder an die Arbeit gehen zu können.

Parteivorstand der KPD  
Frankfurt a. M., 11. 9. 1948.

## Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben

Fortsetzung von Seite 1

würdig. Das Leben ist stärker als der Tod. Das Leben des einzelnen ist eingeordnet in das Leben aller.

Nicht daß wir lange leben ist wichtig, sondern das Bewußtsein, nicht umsonst gelebt zu haben. Wir wissen, daß es notwendig ist, eine neue bessere Ordnung zu erkämpfen. Das Leben ist uns nicht sinnlos geworden. Die Ursachen, die zu Krieg und Vernichtung führen, sollen ausgeremert werden. Für diese hohen Ziele hat Paul Schreck sein Leben eingesetzt. Er hatte die Gewißheit, daß trotz aller Rückschläge einmal die Zeit kommt, wo das Ziel erreicht wird. Er hatte die Gewißheit, daß es sich lohnt, sein Leben einzusetzen. Er hat die Treue gehalten bis zum Tode.

Werdet nicht müde, Genossen, ruft er uns zu. Denkt an mich, verzagt nicht, verzweifelt nicht, wie ich nicht gezweifelt habe, es gibt keine höhere Aufgabe als die, zu der wir stehen.

Wir wissen, daß wir noch weit entfernt sind vom Ziele, wir wollen vorwärts. Wir wissen auch, daß keine Macht der Erde das aufzuhalten vermag, was kommen muß, sonst hätte die Geschichte der Menschheit ihren Sinn verloren. Der Weg ist noch weit. Vielleicht wird mancher von uns die Zeit nicht erleben, die für uns der Anfang der Erfüllung ist. Das ist nicht wichtig. Daß wir weiter kämpfen, Treue halten, das ist wichtig.

Wir wissen, daß wir für eine große Sache stehen, für die es sich lohnt, das Leben einzusetzen bis in den Tod.

Den letzten Gruß des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands überbrachte der ehemalige Arbeitsminister von Hessen, Oskar Müller, mit dem Gelöbniß, alles einzusetzen für das, wofür Paul Schreck gekämpft, gelitten und gearbeitet hat.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, Jakob Sommer, selbst ein alter Metallarbeiter und Arbeitskollege Paul Schrecks, fand warme Worte der Anerkennung für das Lebenswerk des langjährigen Freundes und Kämpfers.

Regierungsdirektor Kuhn entbot Paul Schreck, welcher dem Beirat des Arbeitsamts angehörte, den letzten Arbeitsgruß und fand Worte des Dankes für seine Tätigkeit.

Die engsten Mitarbeiter im Metallarbeiterverband Württemberg-Baden legten durch einen Vertreter einen Kranz an der Bahre ihres 2. Vorsitzenden nieder.

Als Vertreter der jungen Generation rühmte Hermann Nau den Helfer, Freund und das große Vorbild der werktätigen Jugend unseres Landes. Die Jugend weiht ihren Kampf mit seinem Namen, indem sie eine Jugendgruppe mit dem Namen des unbeugsamen Kämpfers Paul Schreck benennt.

Für die 60 000 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes Rheinland-Pfalz entbot Karl Hasenzahl die letzten Grüße über Zonenschranken hinweg.

Die Hymne „Empor zum Licht“, vorgetragen vom gemischten Chor des Volkchors Waldhof, leitete zum letzten Teil der Trauerfeier über. Im Beisein der schmerzgebeugten Familie, der das ganze Mitgefühl der Anwesenden zuströmte, der nächsten Angehörigen und besten Freunde entschwand der Sarg unseren Blicken.

Trauer und Stolz, Wehmut und Erhebung erfüllte die Herzen der Heimkehrenden in dem Gedenken an die schlichte Größe eines Menschen, der in der Erinnerung aller weiterleben wird als ein wahrer Sohn des Volkes.

## 11 Millionen starben im KZ

Anläßlich des 12. September, des Gedenktages für die Opfer des Faschismus, wird von der VVN und vom Suchdienst für vermißte Deutsche in Berlin darauf hingewiesen, daß bisher noch nicht der ganze Umfang der zahllosen Mordtaten bekannt seien, die im Hitlerstaat an Juden und anderen Verfolgten in Zuchthäusern und KZ begangen wurden.

Nach den bisherigen Unterlagen sind in den Hitler-KZ's inner- und außerhalb Deutschlands ca. 11 Millionen Menschen getötet worden. 6 Millionen waren Juden. Als überlebende ehemalige deutsche politische Gefangene sind z. Z. rund 300 000 Personen registriert. Die Bemühungen um endgültige Klärung werden in intensiver Kleinarbeit fortgesetzt. Die Nazi-Listen der KZ's haben fast alle schriftlichen Unterlagen vernichtet, aber viele einstige KZ-Insassen haben selbst Listen über das Schicksal ihrer Leidensgefährten angefertigt.



# Unterhaltung und Wissen

## An die Kulturschaffenden der Welt

In der Schlußsitzung des „Weltkongresses der Kulturschaffenden“ in Wrocław (Breslau) wurde eine Entschließung angenommen, die für alle Kulturschaffenden, Künstler, Gelehrte und Schriftsteller in ihrem Kampf für den Frieden und seine Erhaltung von größter Bedeutung ist. Sie lautet:

„Wir, die Schaffenden der Kultur, Wissenschaft und Kunst aus 45 Ländern, die wir in der polnischen Stadt Wrocław versammelt sind, wenden uns an die Intellektuellen der Welt. Wir erinnern an die tödliche Gefahr, die noch vor kurzem die Kultur der Menschheit bedroht hat. Wir waren Zeugen der faschistischen Barbarei, der Vernichtung historischer und kultureller Altertümer, der Verfolgung und Vernichtung von Wissenschaftlern, der Mißachtung aller geistigen Werte. Die Kultur der Menschheit ist um den Preis ungeheurer Opfer aller demokratischen Kräfte, der Sowjetunion, der Völker Großbritanniens und der USA, dank dem heldenmütigen nationalen Widerstandskampf in den durch den Faschismus unterjochten Ländern gerettet worden.“

Gegen den Willen der Völker der Welt hat ein Häuflein gewinnstüchtiger Menschen in Amerika und Europa die Idee des Rassenhasses und die Verneinung des Fortschrittes vom Faschismus übernommen haben; vom Faschismus auch die Tendenz übernommen, alle Fragen durch die Macht der Waffen zu entscheiden und bereitet wieder einen Ueberfall auf die geistigen Erbschaften der Völker der Welt vor. Der Kultur der europäischen Länder droht wieder die Gefahr, ihr nationales Gesicht zu verlieren.

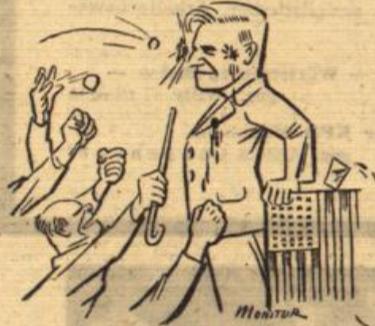
Gegen Verstand und Gewissen der Welt hält die Unterdrückung des ein-

zelen und ganzer Völker an und wird sogar noch gesteigert. Hervorragende Vertreter der Wissenschaft und Kunst werden verfolgt. Wissenschaftliche Entdeckungen, die dem Wohle der ganzen Menschen dienen könnten, werden für die geheime Produktion von Vernichtungsmaterial angewandt, niedrige Leidenschaft und Haß der Menschen gegen die Menschen werden entfacht.

Wir protestieren im Namen des Friedens, des Fortschritts und der Zukunft der Welt gegen alle Einschränkungen der Freiheit, der freien Entwicklung, gegen die Ausbeutung der Wissenschaft für die Vernichtung. Der Kongreß fordert zur Mobilisierung aller Kräfte auf, um die Not, die Rückständigkeit, die Krankheiten und das Elend zu bekämpfen, unter denen der größte Teil der Menschheit leidet.

## Westliche Demokratie in der Praxis

Der Präsidentschaftskandidat der Fortschrittspartei, Henry Wallace, hat soeben eine große Versammlungskampagne durch die amerikanischen Südstaaten beendet. Unsere westlich lizenzierte Presse beifällt sich, darüber unparteiisch freudig erregt zu berich-



ten, daß Gesindel aller Art, welches unseren Nazis in nichts nachsteht, seine Reden durch Werfen mit Eiern, Tomaten usw. zu stören suchte. Insbe-

Der Kongreß verlangt die Aufhebung der Einschränkungen, die der Bewegungsfreiheit der dem Frieden und dem Fortschritt dienenden Personen hindernd im Wege stehen, sowie der Einschränkungen bei der Veröffentlichung und Verbreitung von Büchern, die derselben Sache dienen.

Kulturschaffende der Welt, auf uns ruht eine hohe Verantwortung gegenüber unseren Völkern, gegenüber der Menschheit und der Geschichte. Wir erheben die Stimme zur Verteidigung des Friedens, der freien kulturellen Entwicklung der Völker, ihrer nationalen Unabhängigkeit, für die enge Zusammenarbeit und Freundschaft. Wir rufen alle geistig schaffenden Menschen in allen Ländern der Welt auf, unsere Anträge zu erwägen und Kongresse zur Wahrung des Friedens zu organisieren, in seinem Interesse die internationalen Bande, die die Kulturschaffenden der Länder vereinigen, zu stärken.

sondere zeigten sich diese 100prozentigen Demokraten darüber empört, daß in Begleitung Wallaces ein Neger war. Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Angriffe ist die Reise von Wallace durch die Südstaaten ein voller Erfolg, denn die Negerbevölkerung nicht nur im Süden, sondern auch in New York und anderen Orten und alle rassisch unterdrückten Volksteile, die Amerikaner zweiter und dritter Klasse, wie Juden und andere, werden ihm ihre Stimme geben, sehen sie doch, daß die Anhänger des faschistischen Ku-Klux-Klan Henry Wallace am liebsten dieselbe Behandlung zukommen lassen möchten, wie sie laufend insbesondere den Negern in den Südstaaten zuteil wird: lynchen, federn und teeren.

Angesichts der vielen „Entlarvungen“ der „östlichen“ Demokratie, welche uns Dr. Schumacher genau so wie der hinter den Ohren noch nasse Frenznel und andere Experten laufend servieren, ist es durchaus angebracht, sich auch einmal die Zustände im Lande der Leute vor Augen zu führen, die gekommen sind, um uns die demokratischen Regeln zu lernen. Gibt es das bei uns? Und hätten wir nicht Gründe genug, um mit faulen Eiern zu werfen? -r-

## Erzbischof gegen Antikommunismus

(UT) Viele ausgezeichnete Christen in Aemtern und Würden seien nach ihrer politischen Ueberzeugung Kommunisten, sagte der Erzbischof von Canterbury, Dr. Fisher, als er Bericht über eine Konferenz der anglikanischen Glaubensgemeinschaft gab. Die anglikanische Kirche lehne zwar die marxistische Theorie, daß es kein Weiterleben nach dem Tode gebe, ab, könne deshalb aber nicht die Kommunisten verdammten, die marxistische Wirtschaftstheorien vertreten. Sie könne daher auch nicht die antikommunisti-

sche Bewegung gutheißen, denn das Beispiel Hitlers habe bewiesen, daß nicht alle antikommunistischen Kräfte gute Kräfte sind.

## Uneheliche Amerikaner

(DFF) New York. Nach „Daily News“ beträgt die Zahl unehelicher Kinder in Uebersee dienender amerikanischer Soldaten über eine halbe Million, davon etwa ein Viertel in Europa, wo jeder zehnte amerikanische Soldat ein Kind hinterlassen hat. In Deutschland sollen nach Schätzungen des amerikanischen Hauptquartiers seit 1946 52.000 deutsch-amerikanische Soldatenkinder das Licht der Welt erblickt haben, während deutscherseits eine weit höhere Zahl angenommen wird.

## Die Sprache Goethes und Marxens

Der greise dänische Dichter Martin Andersen-Nexo erzählte nach seiner Rückkehr vom Weltkongreß der Kulturschaffenden in Breslau:

„Ich habe natürlich deutsch gesprochen, die Sprache Goethes und Marxens. Obwohl ich Däne bin, schloß ich mich doch eng an die deutsche Delegation an und hoffe, so auch dem deutschen Volk einen Dienst erwiesen zu haben, diesem Volk, das ich beglückwünsche zu der Tatsache, daß in seiner Sprache das Kommunistische Manifest verfaßt wurde, das größte Evangelium seit der Bergpredigt, über die es hinausgeht mit seiner Aussicht auf ein schöneres Leben auf dieser Erde.“

## Fernsehsender Leningrad

Der Leningrader Fernsehsender ist nach achtjähriger Unterbrechung wieder hergestellt und in Betrieb gesetzt worden.

## Kaugummi gegen Nervosität

(DFF) New York. Amerikas Kaugummi-Produktion betrug im Jahre 1947 neunzehn Milliarden Stück, die, in einen Streifen gelegt, über 34mal um den Erdball gewickelt werden könnten. In diesem Jahr wird sich die Produktion noch um etwa zehn Prozent erhöhen, was, wie der führende Kaugummihersteller Amerikas, Wrigley, erklärte, auf die steigende Nervosität zurückzuführen sei. Gummikauen, sagte er, mache die Menschen ruhiger, und vor allem die Frauen suchten krampfhaft nach Mitteln und Wegen zur Bekämpfung der Nervosität.

## Neue Schnurrbartträger

(DFF) New York. Der allgemein als nächster amerikanischer Präsident angesehene Kandidat der republikanischen Partei, Gouverneur Thomas Dewey, verdankt seine Popularität nicht zuletzt seinem Schnurrbart, der dem alltäglichen Gesicht eine eigene Note gibt. Nunmehr hat ein Geisteslicher in einer kleinen Stadt unweit von New York von der Kanzel alle Dewey-Anhänger, sofern sie noch bartlos sind, aufgefordert, sich einen Schnurrbart à la Dewey zuzulegen, „um auch äußerlich ihre innere Uebereinstimmung mit Deweys Politik zu dokumentieren“.

## Brechmittel gegen Selbstmord

(DFF) Hollywood. Angesichts der wachsenden Tendenz vom Leben enttäuschter Filmschauspielerinnen, das Dessesits vermittels einer reichlichen Dosis Schlafmittel zu verlassen, haben die Gesundheitsbehörden den Einbau winziger Quantitäten eines Brechmittels in alle Schlaf-tabletten angeordnet. Solange die Schlaf-tabletten in kleineren Mengen für ihren eigentlichen Zweck genommen werden, bleibt das Brechmittel unwirksam. Erst bei drei oder mehr Tabletten sammeln sich im Magen genügend große Mengen des Brechmittels, um das Schlafmittel unwirksam zu machen.

## Mathilde Ludendorff intrigiert weiter

(DFF) München. Das gegen Mathilde Ludendorff eingeleitete Ermittlungsverfahren zieht sich so sehr in die Länge, daß die Witwe von Hitlers erstem Feldmarschall jede Möglichkeit hat, ihr Unwesen weiterzutreiben. Die fanatische Anbeterin Hitlers empfängt sogar laufend zahlreiche Anhänger ihrer Organisation „Heiliger Quell deutscher Kraft“.

## Hexenprozeß 1917

Von Upton Sinclair

Jimmie saß auf seinem Stuhl, unfähig, zu erfassen, was um ihn her geschah, weil ihn die geschwollenen Daumen und Arme allzusehr schmerzten. Seine letzte Hoffnung war erloschen, nun interessierten ihn die Vorgänge nicht mehr; er brauchte seine ganze Energie, um Herr über seine furchtbaren Schmerzen zu werden. Er weigerte sich, zu sagen, woher er die Flugblätter habe; als sie ihn mit Fragen pelniigten, stöhnte er bloß leise vor Schmerzen. Nur zweimal brach er aus: das erste Mal, als Major Caddis seiner Empörung Worte verlieh, daß ein Bürger der großen amerikanischen Demokratie sich mit der bolschewistischen Brut einlasse, die in Rußland den Terror verbreite, senge, morde, foltere. — „Wer spricht von foltern?“ — schrie Jimmie aufschnellend. — „Habt ihr mich etwa nicht gefoltert, mich buchstäblich in Stücke gerissen?“

Der Gerichtshof war empört. „Foltern“ — rief Hauptmann Cushing.

„Ja, gefoltert, seit Tagen, vielleicht seit Wochen; ich weiß nicht, wie lange ich schon in dem Verließ liege.“

Major Caddis wandte sich Feldweibel Perkins zu, der hinter Jimmies Stuhl stand, kaum fähig, seine Hände vom Halse des Gefangenen fernzuhalten. „Was soll das heißen, Feldweibel?“

„Es ist eine Lüge, Herr.“

„Schauen Sie meine Daumen an!“ rief Jimmie. „Er hat mich an ihnen aufgehängt.“

„Der Gefangene war äußerst gewalttätig“ — erklärte Perkins. „Er hat fast den Gefreiten Connor erschlagen, und wir mußten strenge Maßregeln ergreifen.“

„Das ist gelogen!“ brüllte Jimmie, doch ward ihm Schweigen geboten, und die würdevolle, militärische Maschine arbeitete weiter. Jeder wußte, daß es die Disziplin vernichten würde, gälte die Aussage des Kerkermeisters nicht mehr, als die des Gefangenen; das Wort eines loyalen, erprobten Untergebenen nicht mehr, als das eines Verräters, Verschwörers, dessen Sympathien für den Feind nachgewiesen waren.

Der Vorsitzende fragte den Gefangenen, ob er wisse, daß er die Todesstrafe verdient habe? Da er keine Antwort erhielt, teilte er Jimmie mit, das

Gericht würde die Strafe über ihn verhängen, falls er nicht seine bolschewistischen Helfershelfer nenne, damit das Heer fürderhin vor der Propaganda dieser Mordbuben geschützt werden könne. Jimmie fuhr auf — weniger heftig, als das erstmal, doch mit wilder Ironie in der Stimme. „Mordbuben sagen Sie? Und schicken Sie sich nicht eben selbst an, mich zu ermorden?“

„Wir handeln nach dem Gesetz.“

„Sie nennen das eine und die Bolschewiki das andere Gesetz. Sie töten jene, die Ihnen nicht gehorchen, die Bolschewiki tun desgleichen. Wo liegt da der Unterschied?“

„Sie töten alle gebildeten, gesetzliebenden Leute in Rußland“ — erwiderte Major Caddis streng.

„Alle reichen Leute“ — sagte Jimmie — „Sie wollen die Reichen zwingen sich ihren Gesetzen zu unterwerfen, weigern sie sich, so werden sie getötet. Tut ihr denn nicht das gleiche mit den armen Leuten? Habe ich euch nicht an der Arbeit gesehen — bei jedem Streik. Fragen Sie den Obersten Nye. Hat er nicht gesagt: „Zum Teufel mit dem „habeas corpus“ (Gesetz),

ich will euch „post Mortem“ (Tod) geben!“

Oberst Nye errötete; er wußte nicht, daß ihm sein Ruhm vom Colorado bis zum Eismeer gefolgt war. Das Gericht beeilte sich, ihn zu schützen. „Hier wird keine sozialistische Debatte abgehalten. Es ist klar, daß der Gefangene verstockt und renitent ist. Es gibt also keine Milderungsgründe!“

Das Gericht fand Jimmie Higgins schuldig und verurteilte ihn zu zwanzig Jahren Militärhaft — eine äußerst milde Strafe, wenn man die Umstände in Erwägung zog. In New York standen zur gleichen Zeit fünf russische Juden, alle fast noch Kinder, darunter auch ein Mädchen, vor Gericht, die genau des gleichen Verbrechens, das Jimmie begangen hatte, angeklagt waren: sie hatten einen Aufruf verteilt des Inhalts, die amerikanischen Truppen mögen aufhören, russische Sozialisten zu töten. Diese fünf jungen Menschen wurden zu zwanzig Jahren Kerker verurteilt, und einer derselben wurde in seiner Zelle von der New-yorker Stadtpolizei zu Tode gefoltert.

Aus „Jimmie Higgins“. Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam, 1919.



## „Stich — Hub — Wurf“

Heil dir im Siegerkranz! Wir haben ihn unbeschädigt wieder. Hurra, hurra, hurra! Er ist endlich frei — unser Reichsarbeitsdienstführer Hierl! Beinahe wäre einer unserer größten Erzieher zu hehrem Mannestum und Menschenadel, zu Edelmut und Vaterlandsliebe, verurteilt worden, man stelle sich vor, verurteilt — glücklicherweise nur beinahe. Es ging noch einmal alles gut. Die Spruchkammer im Internierungslager Ludwigsburg wußte, was sie unserm Hierl — äh — Reichsarbeitsführer Hierl, der deutschen Jugend, dem deutschen Volk, schuldig war. „Hauptschuldiger“ — (das ließ sich wegen der Öffentlichkeit leider nicht vermeiden), aber 3 Jahre (!) Praxis im System „Stich — Hub — Wurf“.



wollte sagen Arbeitslager, sind zu viel, entschieden zu viel! Da nützt auch die Hervorhebung im Urteil, daß Herr Reichsarbeitsführer nur aus idealistischen Motiven den Arbeitsdienst aufgebaut hat, wenig. Wenigstens wurde ihm aber die Internierungshaft angerechnet. Er braucht das „Stich — Hub — Wurf“ doch nicht selbst zu erproben und ist also nun frei. Nur mit seinem Vermögen hatte er Pech. Bis auf 2000 Emmchen alles futsch. Na ja, wir mußten ja schließlich alle etwas bezahlen, manche sogar mit dem Leben. Ob er wohl schon wieder einen Reichsarbeitsdienst aufbaut? Aus idealistischen Gründen? — Man müßte sich mal erkundigen.

## Junge Union ist unzufrieden

Der Kreisverband Eschwege der Jungen Union hat seine Auflösung beschlossen. Die junge Union ist der Ansicht, heißt es in einer Begründung, daß die CDU mit Ausnahme von Dr. Semler und Dr. Adenauer, einen nicht genügend deutschen Standpunkt gegenüber den westlichen Alliierten vertreten habe.

## Polnische Pfadfinder

Warschau (Südena-AFP). Die polnischen Pfadfinder haben sich von der Ideologie Lord Baden Powells und seinen reaktionären Prinzipien, die sich gegen die arbeitenden Massen wenden, gelöst. Der Pfadfinderverband lehnt jede Verbrüderung mit Mächten ab, die die Arbeitermassen und Kolonialvölker ausnützen.

## Theater der Jugend

Das „Neue Theater der Jugend — Mannheimer Studio-Bühne“, eine Bühne junger Schauspielstudenten und „die es werden wollen“, beginnt demnächst seine neue Spielzeit, Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“ ist die erste einer stattlichen Reihe geplanter Aufführungen. Man beabsichtigt hauptsächlich Schöpfungen von Dichtern unserer Zeit, wie Bert Brechts „Furcht und Elend vor dem Dritten



Reich“, Maurice Rostands „Der Mann, den sein Gewissen trieb“ usw. der Mannheimer Jugend zu bieten. Daneben sind jedoch auch Klassiker wie Lessing mit „Dem jungen Gelehrten“, Molière „Tartuffe“ und Georg Büchners „Leonce und Lena“ im Spielplan vertreten. Wir wünschen dem Theater und seinen jungen begeisterten Schauspielern das beste Gelingen ihres Spielplans und empfehlen es besonders der fortschrittlichen Jugend Mannheims.

# Echo der Jugend

## Werktätige Jugend — das geht Dich an!

Mannheimer Jugend fordert Arbeitsschutzgesetz — Junge Menschen wehren sich!

Man hält uns zwar nicht reif genug, um mit 18 Jahren wählen zu können — aber als Arbeitskräfte waren Jugendliche — auch unter 18 — schon immer gern gesehen. Warum?

Man kann dem Lehrling einen außerordentlich geringen Lohn zahlen, eben weil er „Lehrling“ ist, obwohl er im 2. und 3. Lehrjahr meist schon eine volle Arbeitskraft ersetzt. Wo viele Jungarbeiter und Lehrlinge beschäftigt sind, kann man außerdem entsprechend viele erwachsene Arbeiter, denen man höhere Löhne zahlen müßte, entlassen. Außerdem kann man Lehrlinge leicht je nach Bedarf einige Stunden länger beschäftigen als dies vorgesehen ist, und sie zu allen möglichen Schmutz- und sonstigen Arbeiten heranziehen. Alle diese Methoden der Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskraft können angewendet werden, solange es keine gesetzlichen Mittel gibt, um ihnen entgegenzutreten; Und hier liegt der Mangel! Die bis jetzt vorhandenen Jugendschutzbestimmun-

gen genügen nicht, um gesunde Arbeitsbedingungen für Jugendliche zu schaffen. Besonders jetzt nach der Währungsreform sehen zahlreiche junge Menschen keine Möglichkeit, sich gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit zu wehren, da sie auf ihre Arbeitsstelle angewiesen sind und eine Entlassung nicht riskieren können.

Den Erfordernissen der Gegenwart wurde die Freie Jugend (FJ) gerecht mit einem von ihr vorbereiteten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes für Jugendliche, der all die Bestimmungen enthält, die dem Jugendlichen eine angemessene Arbeitszeit, ausreichenden Urlaub, Vergütung von Mehrarbeit und eine anständige Behandlung von seiten des Lehrherrn oder Unternehmers garantieren. Es sind genaue Bestimmungen über die Einhaltung der Ruhepausen während der Arbeitszeit, Einberechnung der Berufsschulzeit, laufende ärztliche Untersuchungen und Bedingungen für die Leistung enthalten. Als bedeutsamste Bestimmung ist

## Jugend kämpft für den Fortschritt

Unter dem Motto „Kampf für Frieden und Freiheit“ fand vom 8. bis zum 15. August in Warschau die Internationale Konferenz der arbeitenden Jugend statt. Zum erstenmal nach Kriegsende waren neben den Delegationen aus 44 Nationen, die 45 Millionen junge Menschen vertraten, auch die deutsche Jugend durch eine Delegation der FDJ vertreten.

In seiner Ansprache umriß der Sekretär des Weltbundes der demokratischen Jugend, Williams, das Bundesprogramm. Danach verlangt die Arbeiterjugend der Welt folgende Rechte: Rede-, Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit, aktives und passives Wahlrecht, Freiheit von rassistischer oder religiöser Diskriminierung, Recht auf Arbeit und gleichen Lohn für gleiche Leistung, verkürzte Arbeitszeit für Jugendliche, Recht auf Freizeit, Berufsausbildung, Sozialversicherung, Gesundheitsfürsorge und Arbeitssicherheit, finanzielle Hilfe bei Heirat, Recht auf Gewerkschaftshilfe und auf Mindestlöhne.

Williams erklärte, es sei die Hauptaufgabe des Kongresses, alle fortschrittlichen Kräfte im Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden, für Fortschritt und nationale Unabhängigkeit, gegen Kriegspropaganda, sowie gegen eine Aufteilung Deutschlands zu stärken.

In der Diskussion berichtete der Delegierte des freien Griechenlands über

Monarchofaschisten. Der Terror der faschistischen Regierung sei nur mit dem den Kampf seines Landes gegen die Hitlerterror zu vergleichen. 100 000 Personen seien getötet, 70 000 verhaftet und 70 000 ins Exil vertrieben worden. Die Jugend stehe vor Hunger, Arbeitslosigkeit, Gefängnis, Konzentrationslagern und Gewalttätigkeit.



Den Bericht für die USA gab ein Mädel, dessen Namen nicht genannt werden konnte, weil es sonst nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten Repressalien wegen der Teilnahme an der Konferenz zu erwarten haben würde. Die Delegierte berichtet von den unmenschlichen Lynchungen, die sich wie eine Seuche über das ganze Land ausgebreitet hätten. Die Lebensbedingungen des größten Teils der Be-

in dem Entwurf die Bildung von Jugendarbeitsschutzkommissionen verankert, womit die demokratische Kontrolle von unten gesichert wird.

Wie wir erfahren haben, geht der Gesetzentwurf allen Jugendverbänden, Jugendausschüssen, den Gewerkschaften und Großbetrieben zur Diskussion zu, um dann nach Verbesserungen denselben dem Landtag vorzulegen. In ganz Deutschland ist dieser Kampf um ein Jugendarbeitsschutzgesetz auf der Tagesordnung, weil die junge Generation arbeiten will, um wieder hochzukommen — aber unter Bedingungen, die uns ein gesundes und frohes Arbeiten garantieren.

Ob es gelingt, diese Bedingungen zu schaffen, hängt ab von der Aktivität jedes fortschrittlichen jungen Menschen bei der Diskussion um diesen Gesetzentwurf, die jeder hinaustragen muß in die Schulen, Betriebe, Gewerkschaften und Jugendgruppen! Die werktätige Mannheimer Jugend wird dabei nicht abseits stehen, sondern gemäß den Traditionen der Arbeiterschaft Mannheims aktiv am Kampf um diese Rechte teilnehmen.

## Internationale Solidarität!

Die Freie deutsche Jugend in der Ostzone hat, ebenso wie die Arbeiterjugend anderer demokratischer Länder, eine Sammlung von Medikamenten und Verbandszeug in die Wege geleitet für die demokratische griechische Bevölkerung, die um Fortschritt und Freiheit kämpft gegen Kräfte, die aus dem gleichen Lager wie die faschistischen Zerstörer Deutschlands kommen.

völkerung verschlechtern sich täglich, während die Profite der Wallstreet-Magnaten zusehends anwachsen. Während der Lohn eines Negers nur die Hälfte seines weißen Kollegen beträgt, ist der Lohn einer farbigen Frau noch um ein Vielfaches geringer.

Einen erfreulichen Gegensatz dazu boten die Berichte aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien, wo die Jugend volle politische und wirtschaftliche Freiheit genießt.

Im Namen der FDJ versicherte der Delegierte Axen, daß die demokratische Jugend Deutschlands für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse kämpfen werde.

## FDJ in den WBdDJ

## aufgenommen

Der Rat des Weltbundes der demokratischen Jugend beschloß am 21. 8. 1948 in Warschau einstimmig, die FDJ in den Weltbund aufzunehmen. Die Aufnahme der FDJ in den WBdDJ ist eine Entscheidung von größter historischer Bedeutung. Die durch den Hitlerfaschismus verursachte Isolierung ist beseitigt. Damit sind die Tore nach außen gesprengt. Jetzt liegt es an der deutschen Jugend, durch den erfolgreichen Kampf für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu einem noch stärkeren Träger der Demokratie und des Fortschritts zu werden.

## Kinder in den Bergwerken!

In einem Artikel „Leben und Kampf der Jugend Lateinamerikas“ schreibt W. Bogatirjew: „Der am meisten ausgebeutete Teil der Bevölkerung ist die Jugend, die von Kindheit an ihren Lebensunterhalt verdienen muß. In den Bergwerken, Fabriken und sonstigen Betrieben leisten dreizehn- bis vierzehnjährige Halbwichsige dieselbe Arbeit wie die Erwachsenen, erhalten aber nur 20 bis 25 Prozent eines Erwachsenen.“

Eine Berufsausbildung für die Jugend gibt es in der Regel nicht von einem bezahlten Urlaub hat die Jugend nicht einmal eine Vorstellung. Die meisten jungen Männer und Mädchen sind Analphabeten. Ueber 50 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter haben keine Möglichkeit zum Lernen. Nach amtlichen Statistiken beträgt die Zahl der Analphabeten in Mexiko 55 Prozent, in Kuba 60 Prozent, in Brasilien 75 Prozent, in Ecuador 73 Prozent und in Bolivien 80 Prozent der Bevölkerung.

## Hört den Jugendfunk!

(Radio Stuttgart):

15. September, 18.00 bis 18.20 Uhr.  
Diskussion um das Jugendarbeitsschutzgesetz

## Mit oder ohne — Ohrfeigen?

Man sollte nicht für möglich halten, daß im Jahre 1948 in einem Mannheimer Großbetrieb noch Lehrlinge geschlagen werden. Noch erstaunlicher ist allerdings die Tatsache, daß der Ohrfeigenverteiler Betriebsratsmitglied ist und, man höre und staune, im Betriebsrat die Interessen der Jugend als Jugendbetriebsrat vertreten soll. Dieser Gewerkschaftler besonderen Formats hat sich dabei solange nichts böses gedacht, bis in einer Betriebsjugendversammlung am 6. 9. 48 diese sauberen Erziehungsmethoden zur Sprache kamen und er durch den Vorsitzenden des Jugendarbeitsschusses des Industrieverbandes Metall, Holz- u. Holz, eines besseren belehrt wurde.

Der Gewerkschaftsvertreter und ein Diskussionsredner wiesen Herrn S., der natürlich Mitglied der CDU ist, scharf zurecht und forderten, daß in Zukunft die Züchtigungen von Lehrlingen unbedingt zu unterbleiben hat.

Herr S. verteidigte seine Handlungsweise damit, indem er sich auf den Standpunkt stellte, es sei unmöglich, die Arbeitsdisziplin der Lehrlinge ohne Ohrfeigen zu erhalten. Herr S., der sich damit selbst ein Armutszeugnis ausstellt als Erzieher, sagte ferner, er hätte noch nie einen Lehrling ungerichtet geschlagen. Bei diesen Worten

erhob sich ein Sturm des Widerspruchs bei den Lehrlingen. In dieser Betriebsjugendversammlung wurden fünf Jugendvertrauensleute und ein Jugendobmann gewählt, die dafür Sorge zu tragen werden, daß die Lehrlingszuchtungen auch bei der Firma Siemens aufhören.

Dieser Fall zeigt aber mit aller Deutlichkeit, wie dringend notwendig ein Jugendarbeitsschutzgesetz ist, das es gemeinsam zu erkämpfen gilt. F.H.

## Wochenende der Mannheimer Jugend

Auf Initiative des Mannheimer Jugendrates findet am 25./26. 9. 48 ein Wochenende der Mannheimer Jugend unter dem Motto „Friede und Freude“ statt. Während samstags eine Kundgebung, bei der ausländische Gäste sprechen sollen, stattfindet, wird sonntags ein Staffellauf „Rund um den Friedrichsplatz“ und ein lustiges Kinderreiben im Luisenpark sowie ein Ferienball und Handballstadtspiel veranstaltet.

Wir hoffen nur, daß dieses Wochenende der Mannheimer Jugend nicht ein Abklatsch von München wird und bei den ausländischen Gästen auch Vertreter aus dem Osten dabei sind.

(S  
Die  
det  
der  
bei  
der  
E  
Pro  
der  
neu  
hen  
Sch  
der  
res  
Ref  
uns  
wer  
In  
des  
zu  
här  
mal  
tags  
Del  
Ent  
Par  
Kri  
Reil  
die  
käm  
Doc  
in d  
Carl  
Sev  
Wer  
scha  
Bor  
kath  
lito  
publ  
Da  
Kra  
kan  
gele  
arbe  
zwei  
sch  
auf  
Wir  
nach  
rika  
ford  
„Erk  
rech  
müs  
publ  
der  
wur  
M  
(J  
mei  
lung  
einze  
Geld  
mehr  
Aber  
stück  
es ist  
Woch  
Bizon  
tes. I  
Ansi  
bewil  
wenig  
mehr  
daß o  
nannt  
Länd  
man  
rald T  
päsch  
Druck  
derun  
sich d  
rikani  
sagt  
in die  
Plans  
päsch  
Blatt  
die V  
letzte  
Clay.  
Au  
Lan  
Staats  
und p  
hat ar  
zu Pr  
falls  
nicht  
det w

# SPD-Parteitag ohne Dr. Schumacher

Parteitag der heraufgehenden Krise — SpaltungsbeschlüÙ gegen VVN

(Rdfk.) Am Samstag begann in Düsseldorf der Parteitag der SPD, der am Dienstag seinen Abschluß findet. Der bisherige erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, fehlt dabei, da er gesundheitlich noch nicht in der Lage ist, öffentlich aufzutreten. Entgegen den Gerüchten, wonach Prof. Carlo Schmidt, der Vorsitzende der südwestdeutschen SPD, als neuer Vorsitzender der SPD vorgesehen sei, erklärte Erich Ollenhauer, daß Schumacher wieder erster Vorsitzender werde und bis zum Ende des Jahres wieder voll arbeitsfähig sei. Das Referat Schumachers, mit dem wir uns noch kritisch auseinandersetzen werden, wurde verlesen.

In den Diskussionsreden im Laufe des Montags trat eine starke Kritik zu Tage, welche die Feststellung erhärtet, die vor einigen Tagen der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Arzt vor einer SPD-Delegierten-Versammlung in Wiesbaden traf: „In der Zeit weltpolitischer Entscheidungen wird der Düsseldorfer Parteitag der Tag der heraufgehenden Krise in unserer Partei sein.“ Eine Reihe von Diskussionsrednern forderte die Reorganisation der SPD zu einer kämpferischen marxistischen Partei. Doch wir wissen, daß starke Kräfte in der SPD, die sich um Männer wie Carlo Schmidt, Reuter, Dahrendorf, Severing u. a. gruppieren, eifrig am Werk sind, eine „dritte Kraft“ zu schaffen, d. h. den Marxismus über Bord zu werfen zugunsten eben jener katholisch-sozialdemokratischen Koalition, durch welche die Weimarer Republik zugrunde ging.

Das Programm dieser „dritten Kraft“ hat uns der vorerwähnte bekannte SPD-Redner Arzt offen dargelegt. Es besteht „in der Herausarbeitung der schöpferischen Synthese zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und der sozialistischen, auf Demokratie gegründeten neuen Wirtschaftsform“, wofür Arzt die nachträgliche Unterstützung der amerikanischen (gelben) Gewerkschafter fordert. Weiterhin verrät uns Arzt: „Erkennt der Parteitag seine Aufgabe recht, dann wird er schnell versuchen müssen, Verbindungen mit den Republikanern zu bekommen...“ In der Montagdiskussion in Düsseldorf wurden im Gegensatz zu dieser Auffas-

sung Stimmen laut, welche eine bestimmtere Haltung gegenüber den Besatzungsmächten forderten. Aber Erich Ollenhauer, der zweite Vorsitzende, bekannte Farbe, indem er alle Vorwürfe als größtenteils unberechtigt ablehnte und erklärte, die „Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten sei zur Förderung der Demokratie in Deutschland notwendig“.

Starke Auseinandersetzungen gab es über den VorstandsbeschlüÙ der SPD, wonach VVN-Mitglieder nicht der SPD angehören könnten. Die Gegner dieses

Spaltungsbeschlusses führten an, daß für SPD-Angehörige ja auch die Mitgliedschaft in der katholischen Kirche erlaubt sei. Der Beschluß des Vorstandes überschreite dessen Kompetenzen. 24 Stunden nach dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus faÙte der SPD-Parteitag schließlich gegen 21 von 300 Stimmen den Beschluß, daß die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD sei. Die verhängnisvollen Folgen dieses Spaltungsbeschlusses werden nicht auf sich warten lassen. Er zeigt gleich anderen Symptomen an, daß der Tag der heraufgehenden Krise in der SPD tatsächlich gekommen ist. Der Weg der SPD führt von Düsseldorf in den Abgrund.

## Die wahren Gründe

Prof. Dr. Rudolf Agricola an Mr. Canaday

(EB) In einem Brief an den Leiter der Nachrichtenkontrolle der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Mr. Canaday, setzt sich Prof. Dr. Agricola mit den Begründungen auseinander, welche die amerikanischen Militärbehörden für die Entziehung seiner Lizenz als Mitherausgeber der RNZ geltend machten.

„Aus Zeitungsmeldungen entnehme ich, daß mir am Donnerstag, dem 2. September, seitens der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden die Lizenz als Mitherausgeber der sogenannten überparteilichen Heidelberger ‚Rhein-Neckar-Zeitung‘ mit der Begründung, ich sei meinen Pflichten nicht genügend nachgekommen, entzogen worden sein soll.“

Da ich noch keine offizielle Mitteilung seitens der Militärregierung habe, kann ich hierzu zunächst nur folgendes erklären:

1. Meine Tätigkeit an der Universität Halle erfolgte unter Billigung von OM-GUS, Berlin. Ich bin in der Lage, diese Tatsache noch mit sehr interessanten Einzelheiten zu belegen.

2. Prof. Dr. Heuß (DVP) ist nahezu seit Gründung der ‚Rhein-Neckar-Zeitung‘ von Heidelberg abwesend, übt keine aktive Tätigkeit für die Zeitung aus, hat seinen Wohnsitz in Stuttgart, war längere Zeit Minister und jetzt Professor an der Technischen Hochschule und ist bis heute Lizenzträger.

3. Ich darf annehmen, daß ich nach der wirklichen Auffassung der amerikanischen Militärregierung meinen Pflichten nicht zu wenig, sondern zu viel nachgekommen bin, denn bereits am 10. Mai erklärte mir der Lizenzträger Dr. Knorr (SPD), daß die Pressekontrolle mir empfehle, bis auf weiteres keine politischen Artikel zu schreiben, so daß ich als gleichberechtigter Herausgeber gezwungen war, meine politische Auffassung im ‚Mannheimer Morgen‘ zu veröffentlichen. Ich kann eine Fülle von Material vorlegen, aus dem hervorgeht, welchen Kampf ich gegen die ständige Verletzung der Li-

zenbedingungen seitens der Redaktion geführt habe.

4. Bis heute ist mir nicht eine einzige Mitteilung seitens einer Stelle der amerikanischen Militärregierung zugegangen, aus der ich entnehmen könnte, daß ich auch nur in einem Punkt gegen die Lizenzbedingungen verstoßen habe. Im Gegenteil, mir wurde immer wieder auch in schriftlicher Form erklärt, welche großen Verdienste ich mir um den Aufbau der ‚Rhein-Neckar-Zeitung‘ und der Nachrichtenagentur erworben habe.

5. Dr. Knorr (SPD) kündigte Anfang August eigenmächtig einem beträchtlichen Teil der Belegschaft, und zwar durchweg Antifaschisten und politisch Verfolgten, darunter fünf Betriebsratsmitgliedern. Unter Verletzung seiner Befugnisse hat Dr. Knorr mich darüber nicht unterrichtet. Dagegen wandte der Betriebsrat sich an mich und bat um meine Intervention. Und da bin ich anscheinend nach der wirklichen Auffassung der amerikanischen Militärregierung wieder zu sehr meinen Pflichten nachgekommen. Ich protestierte am 23. August telegraphisch gegen die Massenkündigungen wegen ihres ausgesprochen politischen, antidemokratischen Charakters. Ich erklärte, daß man ehemalige Offiziere in der Redaktion belästigt, dafür Journalisten, die vom Naziregime verfolgt wurden, auf die Straße setzt. Ich verlangte sofortige Zurückziehung der Kündigungen unter Drahtantwort, andernfalls ich meine Lizenz unter Protest niederlegen und die Verantwortung für die reaktionären Maßnahmen dem sozialdemokratischen und dem demokratisch-volksparteilichen Lizenzträger überlassen müsse.

In der Pressemeldung der Militärregierung über den Lizenzentzug sehe ich die Antwort auf meinen Protest vom 23. August, denn eine andere Nachricht bezüglich der Zurücknahme der Kündigungen hat mich bis heute noch nicht erreicht.“

## Trübe Versorgungsperspektiven im Westen

Fleischversorgung nicht gesichert — Mangelercheinungen zu befürchten

Frankfurt a. M. (Eig. Ber.) Ein erschreckend düsteres Bild der Ernährungslage in Westdeutschland ergab sich aus der letzten Sitzung des bizonalen Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, als die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln im kommenden Winter besprochen wurde. Ministerialdirektor Podyen berichtete, daß die Fleischversorgung besonders in Nordrhein-Westfalen in keiner Weise gesichert sei. Die bizonale Verwaltung sei nicht in der Lage, die Belieferung zu garantieren. Schon jetzt wäre man gezwungen, Vorräte zu verteilen, die für den Winter vorgesehen waren. — Ein wissenschaftlicher Gutachter, Prof. Niehaus aus Bonn, vertrat die Ansicht, daß in einem halben Jahr in der westdeutschen Wirtschaft wiederum große Mangelercheinungen auftreten müÙten, in erster Linie ein bis jetzt noch nicht übersehbarer Kartoffelmangel. Dies würde erneut zu einer katastrophalen Ernährungskrise führen. Die Lage in der Landwirtschaft habe sich seit der Geldreform nicht gebessert; die allgemeinen Wirtschaftskosten hätten sich verdoppelt. Die Preise für Rohstoffe sind sogar um über 100 Prozent gestiegen. Die völlig verfehlte Ein- und Ausfuhrpolitik in Westdeutschland verhindere die Be-

schaffung von genügend Devisen, um zu einem gesunden Außenhandel zu gelangen. In den USA interessiere man sich für den Marshallplan nur, um sich den europäischen Absatzmarkt zu sichern.

### Krieg in Indien

(Rdfk.) Indische Truppen sind zu Beginn dieser Woche, wie ein Kommuniqué der indischen Regierung bezeugt, in Haiderabad einmarschiert, um dort Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Schwere Kämpfe sind im Gange und die Truppen Haiderabads leisten verzweifelten Widerstand. Man befürchtet, daß der Krieg sich auf ganz Indien ausdehnt und zu einem furchtbaren Blutbad ausarten könne. Mohammedanische Kreise erklären, die Verantwortung an den Vorgängen trage die britische Regierung. Der Generalgouverneur von Indien hat den Ausnahmezustand für ganz Indien ausgerufen.

### KPD gewann 32 Proz. Stimmen

München. Bei einer Nachwahl in Scheinfeld (Franken) steigerte sich das Stimmenergebnis der KPD um 32 v. H., während die übrigen Parteien an Stimmen verloren. Die erste Gemeinderatswahl war für ungültig erklärt worden.

## Eine letzte Erinnerung an Paul Schreck

wollen sicher viele Mannheimer Werk-tätige haben. Die Volksbuchhandlung Mannheim, S 3, 10, widmet ein Schaufenster dem Gedenken unseres unvergeßlichen Genossen. Die dort aufgestellten Photographien können käuflich erworben werden.

## Die nächsten fünfzig Jahre ... Frankreichs Wirtschaft bis 1986 unter Kontrolle

(Rdfk.) Der im Rahmen des Marshall-Plans an Frankreich gewährte Dollarkredit muß innerhalb einer Frist von 30 Jahren, beginnend mit dem Jahre 1956, zurückbezahlt werden. Dies gaben Vertreter der Marshall-Plan-Verwaltung in Paris bekannt. Da die USA-Kontrolle über die Marshall-Plan-Länder auch nach Beendigung des „Hilfsprogramms“ aufrecht erhalten werden soll, um die Rückzahlung der Anleihen sicherzustellen, wird Frankreichs Wirtschaft bis zum Jahre 1986 von der USA kontrolliert werden.

### Englands Dollarsklaverei

Auch Englands Dollarsklaverei wird 50 Jahre dauern. England wird im Laufe von 50 Jahren um 3750 Mill. Dollar vermehrt und die Zinsen zurückzahlen müssen, die ihm von den USA im Jahre 1946 gewährt wurden. Während die Zurückzahlung dieser Anleihe im Jahre 1952 beginnen soll, wird die Zurückzahlung der Anleihen, die England im Zusammenhang mit dem „Marshallplan“ bewilligt wurden, im Jahre 1956 beginnen und 30 Jahre dauern.

### Und Deutschland?

Wenn das am grünen Holz passiert, wenn schon Frankreich und sogar England solch beglückende Zukunftsaussichten haben; dann braucht man bestimmt nicht zur pessimistischen Fraktion der Zukunftsdeuter gehören, um sich vorstellen zu können, wie sich die neuen Aspiranten auf die Welt Herrschaft die Zukunft Deutschlands vorstellen. Vorstellen, wohlgeachtet, denn nicht jede Suppe wird so heiß gegessen, wie sie gekocht wurde.

### Berichtigung

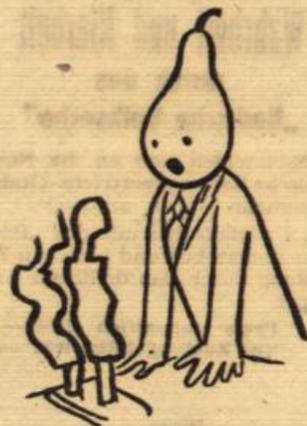
Der entlassene Betriebsratsvorsitzende und Redakteur der Rhein-Neckar-Zeitung, Gerd Maibaum, von welchem wir irrtümlich berichteten, daß er Mitglied des Vorstandes der Jungen Union in Heidelberg sei, teilt uns mit, daß er bereits seit 18 Monaten dem Vorstand der Jungen Union nicht mehr angehört. Diese Mitteilung ist besonders angesichts der durch ein großes vierseitiges Flugblatt eingeleiteten Auseinandersetzung der Jungen Union mit Dr. Knorr von Bedeutung.

### Vor 81 Jahren

„Ich protestiere dagegen, daß man eine solche Politik eine deutsche nennt. Ich protestiere gegen einen Bund, der nicht die Einheit, sondern die ZerreiÙung Deutschlands proklamiert. Gegen einen Bund, der Deutschland zu einer großen Kaserne macht und den letzten Rest von Freiheit und Volksrechten vernichtet.“

August Bebel im „Norddeutschen Reichstag“ 1867

## Sie hören Heinz Frentzel



Ne weiche Birne ist im allgemeinen keine Schande. Wenn man nicht grade Rundfunkkommentator ist; So aber hört man leider hier zu Lande Allabendlich den blöden Fritzsche-Frentzel-Mist! Wie lange noch?

## Marshall-Länder unter sich

(JD) Ein Witzbold hat kürzlich gemeint, man sei sich bei den Verhandlungen in Paris über den Anteil der einzelnen Länder an den Marshall-Geldern nur darin einig, daß jeder mehr erhalten müsse als der andere. Aber wie dieses mathematische Kunststück vollbringen? Also streitet man — es ist kein Geheimnis mehr — sich seit Wochen herum. Gegenwärtig ist die Bizone Hauptgegenstand dieses Streites. Der Delegierte der Bizone ist der Ansicht, daß die ihm von den anderen bewilligten 367 Millionen Dollars zu wenig sind und daß er 100 Millionen mehr benötigt. Er fordert außerdem, daß der Beitrag der Bizone zur sogenannten „Selbsthilfe“ der Marshall-Länder herabgesetzt wird. Mr. Harriman soll nun — laut „New York Herald Tribune“ — auf die anderen europäischen Länder einen „schweren Druck“ ausgeübt haben, um diese Forderung durchzusetzen. Diese beklagen sich darüber, weil man ihnen von amerikanischer Seite ausdrücklich zugesagt habe, die USA würden sich nicht in die Einzelheiten des „europäischen Plans“ einmischen. Beamte der europäischen Länder — berichtet das gleiche Blatt — erklärten, daß offenbar nicht die Verwalter des Marshallplans das letzte Wort hätten, sondern General Clay.

## Auerbach will demonstrieren

Landshut. (Rdfk.) Der bayerische Staatskommissar für rassisch, religiös und politisch Verfolgte, Dr. Auerbach, hat angekündigt, daß er die Verfolgten zu Protestmärschen auffordern werde, falls das Wiedergutmachungsgesetz nicht noch in diesem Monat verabschiedet wird.

**KPD** Uns gehört die Zukunft

# Landesgefängnis Mannheim antwortet

(EB) Die langerwartete Stellungnahme des Landesgefängnisses Mannheim zu unseren Veröffentlichungen über den Stand der ärztlichen Betreuung ist nun endlich eingetroffen. Allerdings bringt sie keineswegs eine restlose Klärung der von uns angeschnittenen Punkte, sondern beschränkt sich auf die Richtigstellung einiger unwesentlicher Einzelheiten, ohne unsere Feststellungen entscheidend entkräften zu können. Dabei hat das Landesgefängnis Mannheim nicht einmal selbstständig reagiert, sondern hat uns seine Antwort in Form eines Einschreibebriefes des Direktors des gesamten Gefängniswesens von Württemberg-Baden aus Ludwigsburg zustellen lassen. In diesem Schreiben werden wir aufgefordert, unter Berufung auf das Pressegesetz von 1874 eine Berichtigung zu bringen. Da wir nach Empfang dieses Schreibens unsere Ausführungen vom 7. Juli und spätere Veröffentlichungen, die auf denselben Vorfälle Bezug nehmen, immer noch für richtig halten, möchten wir dasselbe nicht als Berichtigung, sondern im Sinne einer im Werden begriffenen neuen Pressegesetzgebung, welche die noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Gesetze zu ersetzen hat, ganz einfach als Stellungnahme veröffentlichen.

„Das „Badische Volksecho“ hat in seiner Nummer vom 7. 6. 48 unter der Überschrift „Konzentrationslager-Methoden im Landesgefängnis Mannheim“ über einen dort inhaftierten und nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus Mannheim verstorbenen Gefangenen eine Reihe von unrichtigen Tatsachen behauptet, die in folgendem richtiggestellt werden:

1. Der fragliche Gefangene hatte bei der Einlieferung am 11. 11. 1947 nicht ein Körpergewicht von 82, sondern ein solches von 61 Kilo.
2. Die Inhaftierung erfolgte nicht wegen eines Lebensmitteldiebstahls, sondern wegen eines umfangreichen Kleider- und Wäschebstahls zum Nachteil seines eigenen Gastgebers, wegen eines Kellereintruchs mit Entwendung von 35 Büchsen Fleisch und Wurst und wegen eines weiteren Kellereintruchs, bei dem der Täter stehen lassen mußte, weil die Tat entdeckt wurde. Der Gefangene war wiederholt vorbestraft und auch schon wiederholt aus Gefängnissen ausgebrochen.
3. Es ist falsch, daß man sich im Gefängnis mit dem Gefangenen nicht befaßte, obwohl er sich krank meldete und versicherte, daß er krank sei. Es ist falsch, daß er sterben mußte, weil man im Landesgefängnis Mannheim ein Menschenleben zu gering schätzte, wie dies nur irgend einer der braunen Henker tat; vielmehr war der Gefangene nach seiner Einlieferung in den Monaten November, Dezember und Januar 22mal im Arztzimmer zur Behandlung. Dort wurde er jedesmal wegen einer Verletzung, die er sich selbst im Gerichtsgefängnis Tauberbischofsheim, wo er am 6. 11. 1947 eingeliefert worden war, beigebracht hatte, um eine Ueberführung in ein Krankenhaus zu erreichen, verbunden

Ueber eine Erkrankung machte er bei keiner dieser Gelegenheiten Mitteilung. Nach seiner Verurteilung vom 10. 3. 1948 wurde er ohne eigenen Antrag vom Anstaltsarzt eingehend untersucht. Dabei wurde lediglich ein herabgesetzter Ernährungszustand, aber kein Anzeichen für eine TBC festgestellt. Erst am 5. Mai meldete sich der Gefangene krank. Der Anstaltsarzt untersuchte ihn sofort, stellte eine Lungentuberkulose fest und beantragte die Haftunterbrechung und Einweisung ins TBC-Krankenhaus in Mannheim. Der Anstaltsleiter gab diesen Antrag sofort der Staatsanwaltschaft weiter. Am 13. Mai wurde ihm seitens der Staatsanwaltschaft entsprochen, am gleichen Tag die Ueberführung ins Krankenhaus durchgeführt. In den vorhergehenden Tagen hatte der Anstaltsarzt erfolglos versucht, die Aufnahme im Robrbacher TBC-Krankenhaus zu erreichen und mit dem dortigen Chefarzt selbst deswegen verhandelt. Wegen zu großer Ueberfüllung wurde dieser Antrag abgelehnt. Vom 5. bis 13. Mai war der Gefangene in der Krankenabteilung des Gefängnisses untergebracht. Nach dem Befund des Mannheimer TBC-Krankenhauses bestand eine galoppierende Schwindtsucht, die am 31. Mai zum Tode führte.

4. Der Gefangene war im Landesgefängnis Mannheim, bevor er in die Krankenabteilung kam, nie mit schwerer Arbeit beschäftigt, wie dies behauptet wurde, sondern entsprechend Weisung des Arztes wegen des reduzierten Ernährungszustandes immer nur mit ganz leichter Arbeit, nämlich mit dem Sortieren von Saatgut.

Soweit uns in unseren Veröffentlichungen einige nebensächliche Ungenauigkeiten unterlaufen sind, berichtigen wir uns hiermit gerne. Da wir so wenig wie die Gefängnisverwaltung Medizin studiert haben, wollen wir uns nicht in Fragen einlassen, die letztlich nur durch zuverlässige medizinische Gutachten geklärt werden könnten. Nur wenn uns in dem vorliegenden Falle sowie in einer Reihe gleichliegender Fälle durch amtärztliches Gutachten der Nachweis erbracht werden kann, daß die Kranken nicht durch entsprechende Behandlung zu retten gewesen wären, wollen wir unsern Artikel bedauern. Aber auch nur dann, und wir wollen uns dann sogar beim Herrn Direktor des Gefängniswesens entschuldigen. Solange uns dies nicht nachgewiesen wird, haben wir unsere eigenen Ansichten über diese bereits serienmäßig auftretenden Vorfälle und wir haben keinen Anlaß, mit dieser unserer Meinung hinter dem Berg zurückzuhalten.

Bestehen bleiben jedenfalls folgende Tatsachen:

1. Am 31. Mai starb im Lungenkrankenhaus Mannheim ein junger Mensch von 21 Jahren, der in bereits hoffnungslosem Zustand aus dem Landesgefängnis Mannheim dort eingeliefert wurde.
2. Wenige Wochen vorher starb im gleichen Lungenkrankenhaus ein polnischer Staatsangehöriger, der gleichfalls sterbend aus dem Landesgefängnis dort eingeliefert wurde. Zu diesem Todesfalle nimmt das Schreiben der Gefängnisverwaltung nicht Stellung.
3. Am 15. 10. 47 starb im Städt. Krankenhaus in Mannheim ein junger Mensch namens Hans Ehrenfried aus Birkenau. Der Tod erfolgte im Anschluß an eine Operation, die im Landesgefängnis Mannheim vom Gefängnisarzt vorgenommen wurde.

Allen diesen Fällen ist gemeinsam, daß Menschen in einem Zustand im Gefängnis gehalten werden, für welche das Gefängnis nicht der richtige Ort ist. Erst als sie bereits „den Kopf unter dem Arm“ trugen, wurden sie in Krankenhäuser überwiesen und da war es schon zu spät.

Das sind nun einfach die Behandlungsmethoden, wie sie uns aus dem tausendjährigen Reich vom Militär und aus den Konzentrationslagern bekannt

geworden sind und wir betrachten es als eine Schande, daß sich daran nichts geändert hat.

Menschen, die sich einer Operation unterziehen müssen, darf man nicht in Haft behalten. Menschen, die im höchsten Grad schwindtsüchtig sind, können nicht im Gefängnis gehalten werden. Warum steht ihnen, die zum Teil wirklich nur geringe Freiheitsstrafen zu verbüßen hatten und haben, nicht das gleiche Recht zu, wie den Kriegsverbrechern und anderen schwerschuldigen Lumpen, die, wie wir doch dauernd aus Nürnberg und aus Ludwigsburg hörten, bei Erkrankungen sofort aus der Haft entlassen werden.

Wir halten es für ein Gebot der Humanität, Schwerkranke nicht in Gefängnissen zu behalten, und diese einfachste Forderung scheint uns in den angeführten Fällen nicht beobachtet worden zu sein.

Wir erachten es für unsere Pflicht gegenüber der Allgemeinheit, kritisch Stellung zu nehmen zu der unbestreitbaren Tatsache, daß in relativ kurzer Zeit eine Serie von ähnlich gelagerten Todesfällen im Landesgefängnis aufgetreten ist.

Wir betrachten es als einwandfrei feststehend, daß in diesen sowie auch in weiteren uns bekannten Fällen bei rechtzeitiger Unterbrechung der Haft Menschenleben hätten gerettet werden können.

Wir glauben ein besseres Urteil darüber zu haben, was als KZ-Methoden bezeichnet werden muß, als der hochgradig nazistische versuchte Justiz- und Strafvollzugsapparat. Wir halten nämlich auch alles das für KZ-Methoden, die nicht nur abzulehnen, sondern entschieden zu bekämpfen sind, wenn den einfachsten Geboten der Humanität zuwidergehandelt wird und die Vollstreckung des Strafvollzugs über der Erhaltung von Menschenleben steht.

## Weltkirchenkongress ging zu weit

John Foster Dulles, den republikanische Kreise bereits als künftigen Außenminister der USA sehen, hat sich nicht umsonst den Talar eines presbyterianischen Kirchenvaters umgehängt, um auf dem Weltkirchenkongress in Amsterdam das Wort zu ergreifen zur Verteidigung des Kapitalismus, und zur Hetze gegen den Sozialismus und die Sowjetunion. Zwar konnte er nicht verhindern, daß führende Geistliche und Theologen aus aller Welt sich im positiven Sinne über die fortschrittlichen Kräfte, über den Kommunismus und über die Sowjetunion aussprachen, aber er und Mr. Taft, ein zweiter amerikanischer Vertreter, konnten noch im letzten Moment die Botschaft des Weltkirchenkongresses, welche den christlichen Kirchen empfahl, nicht nur die Ideologie des Kommunismus, sondern auch die des Kapitalismus zu verwerfen, verändern und abschwächen, indem sie die Einfügung des Worts „laissez-fair“ vor Kapitalismus beantragten und auch durchsetzten. Wie die „New York Herald Tribune“ berichtet, bekamen einige Kongreßteilnehmer Bedenken darüber, daß die ursprüngliche Botschaft in ihrer Ablehnung des Kapitalismus zu weit gegangen sei.

## Solidarität mit den Opfern von Ludwigschafen

Die Weinheimer Gewerkschaften haben 5000 DM und die Angestellten der Firma Freudenberg 720,50 DM an den Gewerkschaftsbund Ludwigschafen für die Unterstützung der Opfer der Explosionskatastrophe abgeführt. Der Gewerkschaftsbund Ludwigschafen hat im Namen der Verletzten und der Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Kollegen den Weinheimer Gewerkschaften seinen herzlichsten Dank ausgesprochen.

Wir entsprechen gern der Bitte des Weinheimer Gewerkschaftsbundes, allen Spendern und allen Funktionären, die die Sammlung durchgeführt haben, öffentlich seinen Dank zu übermitteln.

## Schlatterbeck trat zurück

Stuttgart. Der Leiter des Roten Kreuzes in Württemberg, Friedrich Schlatterbeck, teilte am Freitag der Presse mit, daß er sein Amt niedergelegt hat.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim S 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10. Tel.-Nr. 432 60. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim R 1, 4-6. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

# 14 000 Bauern weniger! / Von Julius Schätzle, MdL.

Trotz dem vielen Gerede über die Hilfe für den kleinen Bauern und den Landtags-Beschlüssen zur Bodenreform und Neuansiedlung von Bauern müssen wir in Württemberg-Baden das Verschwinden vieler Bauernhöfe feststellen. Bei der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1939 wurden 205 371 selbständige Landwirte mit einem Besitz über 0,5 Hektar Land gezählt. Nach der Bodenbenutzungserhebung 1947 gibt es heute noch 191 398 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 0,5 Hektar, d. h. 13 973 Bauern haben im Laufe der letzten zehn Jahre ihren Hof verloren. Erschreckend ist dieser Rückgang bei den Kleinbauern bis fünf Hektar. Davon zählte man im Jahre 1939 146 167 Betriebe, 1947 nur noch 134 904, d. h. 11 263 Kleinbauern mußten in den letzten zehn Jahren ihren Hof verlassen. In einigen Landkreisen konnten sich auch die Mittelbauern von fünf bis zehn Hektar nicht mehr halten. Die Anzahl dieser Höfe ging zurück in den Kreisen Aalen, Heidenheim, Leonberg, Mergentheim, Hall und Ulm.

Bei einer weiteren Fortsetzung der von der CDU getragenen reaktionären landwirtschaftlichen Politik des Wirt-

schaftsrates in Frankfurt und den Maßnahmen des für die Landwirtschaft verantwortlichen Schlange-Schöningsen samt dem größten Teil der Führer des Bauernverbandes wird sich diese bauernfeindliche Politik weiter fortsetzen.

Herr Schlange-Schöningsen kam jetzt von seiner Reise aus Amerika zurück und glaubt dort das Rezept gefunden zu haben, um noch weitere Kleinbauern um ihre Scholle zu bringen.

Es klingt sehr schön und fortschrittlich, wenn man von der Technisierung und Intensivierung der Landwirtschaft spricht. Aber welcher Bauer kann sich heute einen Trecker für 8000 DM kaufen? Es ist die Hoffnung des Großagrariers, daß die Kleinbauern dem harten Konkurrenzkampf erliegen. Kapitalkräftige Spekulanten warten heute schon darauf, daß bei der zu erwartenden Agrarkrise weitere Zehntausend ihren Hof verlassen müssen.

Nur eine genossenschaftliche Zusammenarbeit der Kleinbauern im Geiste Reiffelsens und eine gemeinsame Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte in Stadt und Land kann diese Entwicklung verhindern und auch dem Kleinbauern seinen Hof erhalten.

# Fußball-Saison 1948/49 begann

## Die ersten Ergebnisse

|                                   |        |                                    |     |
|-----------------------------------|--------|------------------------------------|-----|
| <b>der Südd. Oberliga</b>         |        | <b>und der nordbad. Landesliga</b> |     |
| VfR Mannheim — 1. FC Nürnberg     | 3:3    | VfL Neckarau — VfR Pforzheim       | 5:1 |
| BC Augsburg — SV Waldhof          | 1:2    | 1. FC Pforzh. — FV Schwetzingen    | 1:0 |
| VfB Mühlburg — Eintr. Frankfurt   | 1:1    | ASV Durlach — SpVgg. Sandhofen     | 4:0 |
| Bayern München — Schweinfurt      | 05 1:1 | Germ. Frfeld — ASV Feudenheim      | 2:2 |
| VfB Stuttgart — Schwaben Augsburg | 1:1    | TSG Rohrbach — Phönix Karlsru.     | 2:5 |
| Kickers Offenbach — 1860 München  | 2:1    | Germ. Brötzingen — Am. Viernh.     | 1:0 |
| Ulm 1846 — FC Rödelsheim          | 1:2    |                                    |     |
| FSV Frankfurt — Stuttg. Kickers   | 2:2    |                                    |     |

## Die Spiele am kommenden Samstag und Sonntag

|                                    |  |   |  |
|------------------------------------|--|---|--|
| <b>Südd. Oberliga</b>              |  | <b>Nordbadische Landesliga</b>  |  |
| <b>18. September:</b>              |  |   |  |
| Eintracht Frankfurt — BC Augsburg  |  | 18. September: Phönix Karlsruhe — VfL Neckarau; ASV Feudenheim — 1. FC Pforzheim;   |  |
| <b>19. September:</b>              |  |   |  |
| SV Waldhof — Kickers Offenbach     |  | 19. September: VfR Pforzheim — TSG Rohrbach; Schwetzingen — Germania Brötzingen; Amicitia Viernheim — ASV Durlach; VfB Knielingen — Germania Friedrichsfeld; Sandhofen spielt frei. |  |
| 1. FC Rödelsheim — VfR Mannheim    |  |   |  |
| Stuttgarter Kickers — VfB Mühlburg |  |   |  |
| Schwaben Augsburg — FSV Frankf.    |  |   |  |
| 1860 München — VfB Stuttgart       |  |   |  |
| FC 05 Schweinfurt — TSG Ulm 46     |  |   |  |
| 1. FC Nürnberg — Bayern München    |  |   |  |

**Wahrheit und Klarheit durch das „Badische Volksecho“**

(Ausschneiden und an die Nordbadische Zeitungsvertriebs-GmbH Mannheim, S 3, 10, senden.)

Ich bestelle hiermit das „Badische Volksecho“ und bitte um Zustellung durch den örtlichen Austräger.

**Preis monatlich DM —,45 und Zustellgebühr DM —,15**

---

Name \_\_\_\_\_

---

Wohnort \_\_\_\_\_

---

Straße \_\_\_\_\_

---

Unterschrift \_\_\_\_\_